

politischen Systems, Probleme der Verteilung und der (internationalen) Abhängigkeit. — Zum letzteren Thema hätte man sich statt der Stellungnahmen von Nkrumah und Eppler wissenschaftliche Beiträge gewünscht, die die Breite der Erklärungsansätze für dieses Phänomen, die beim Herausgeber nur in der Einleitung zum Schlußkapital bzw. in den Fußnoten aufscheinen, repräsentativ hätten zur Geltung bringen können.

Knud Krakau

HENRY BIENEN

Kenya, The Politics of Participation and Control

Princeton University Press, Princeton, 1974, X, 215 S.

Kenya ist, wie die Elfenbeinküste, eines der wenigen Entwicklungsländer, die ein spektakuläres Wirtschaftswachstum erleben und politische Stabilität beweisen. Da sie diese Erfolge mit Hilfe eines kapitalistischen Entwicklungsweges erreichen, d. h. mit starker Begünstigung westlichen Kapitals und unter bewußter Inkaufnahme ungleicher Entwicklung in der Einkommensverteilung, ernten sie nicht nur Lob, sondern auch Kritik, die darauf hinweist, daß die wirtschaftlichen Erfolge nicht der ganzen Bevölkerung zugute kommen, sondern internationalen Firmen, europäischen und asiatischen Minderheiten, einer kleinen afrikanischen Elite, und der Stadt mehr als dem Land.

In Bienens¹ Analyse des politischen Systems Kenias überwiegt die positive Bewertung die Kritik (vgl. S. 21, 183 ff. und passim). Dabei sind allerdings zwei Gesichtspunkte, die in seiner Darstellung deutlich werden, zu betonen:

1. Kenia ist ein Sonderfall.

2. Die Sachverhalte, auf die Kritiker hinweisen, bestehen tatsächlich, müssen nach Bienens Auffassung jedoch relativiert werden.

Ein Sonderfall ist Kenia vor allem, weil die Kolonialpolitik ihm einen starken civil service (S. 25 ff.) und eine schwache Parteistruktur (S. 66 ff.) hinterlassen hat. Die verglichen mit anderen afrikanischen Staaten überdurchschnittliche Größe und Qualität des civil service hatten ihren Grund in den Bedürfnissen der weißen Siedler nach administrativen Leistungen (S. 30 f.). Die Schwäche des Parteiensystems beruhte einmal darauf, daß Kenias starker Mann, Kenyatta, während der wichtigsten Jahre für den Aufbau von Parteien vor der Unabhängigkeit im Gefängnis war, so daß einerseits eine unangefochtene politische Führung fehlte, andererseits Kenyatta, auch nachdem er KANU-Präsident geworden war, die Partei nie vollständig kontrollierte (S. 73 ff.); zum anderen darauf, daß die Parteien zur Unabhängigkeit auf Stammes- und regionaler Basis organisiert waren, und sich dieser Zustand, nachdem KANU alle Oppositionsparteien aufgesogen hatte, in Zersplitterung und Fraktionsbildung innerhalb der Einheitspartei fortsetzte (S. 81 ff.). Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß Kenyatta und seine Vertrauten im Kern der Exekutive den civil service, statt der Partei, sowohl für Kontroll- wie Mobilisierungsaufgaben wählten.

Dieses System, und hier könnten Kritiker unter anderem ansetzen, schränkt die Beteiligung der Bevölkerung an der politischen Willensbildung und den Zwang,

¹ Vom selben Verfasser stammt die bisher bedeutendste Darstellung des ganz anderen Entwicklungsweges im benachbarten Tansania, vgl. Henry Bienen, *Tanzania: Party Transformation and Economic Development*, Princeton 1970, besprochen von Krüger in VRÜ 1971, S. 231.

deren Interessen zu berücksichtigen, ein. Auch Bienen verschweigt nicht, daß die kenianische Führung, d. h. der kleine Kreis der Männer um Kenyatta, im wesentlichen frei ist, ihre eigene Politik zu verfolgen (S. 193): Dafür sorgen die Autorität des Staatsoberhauptes, der sich allerdings aus der Tagespolitik heraushält und mehr wie ein Monarch agiert (S. 75), der effektive civil service und die Schwäche der untereinander streitenden Eliten auf der mittleren Ebene in Partei und Gewerkschaften. Bienen versucht aber nachzuweisen, daß auch über den civil service Ansprüche der Bevölkerung an die Regierung angemeldet werden können, und daß die Pluralität der miteinander konkurrierenden Eliten der Bevölkerung Einflußchancen öffnet und eine gewisse Berücksichtigung ihrer Interessen sichert. Das gilt vor allem für die Landbevölkerung, die nicht in gleichem Maße vernachlässigt wird wie in anderen afrikanischen Staaten.

Ebenso sieht der Verfasser die Unterschiede in der Einkommensverteilung, die oft, wie bei der Verteilung europäischer Ländereien (S. 161), oder der Vergabe der Lizenzen asiatischer Händler (S. 142 ff.), künstlich geschaffen worden sind — und zwar immer zugunsten der administrativen und politischen Eliten. Aber er ist der Auffassung, daß der wirtschaftliche Aufschwung allen Kreisen der Bevölkerung zugute gekommen ist, wenn auch unterschiedlich und daß das Regime sich daher auf eine breite Unterstützung der Bevölkerung stützen kann (S. 183 ff.). Gefahren für die Stabilität des Systems können sich jedoch in Zukunft ergeben, wenn die Aufstiegsmöglichkeiten, die Afrikanisierung und Landverteilung bisher geboten haben, nicht mehr bestehen, und auch der Weg zur Karriere über eine bessere Ausbildung durch die jetzigen Eliten und ihre Kinder verbaut ist (S. 190).

Bienens Buch ist ein wichtiger Beitrag zur afrikanischen Regierungvergleichung, vor allem als Fallstudie für die Rolle der Verwaltung in der (oder auch als Ersatz für) Entwicklungspolitik. Es erreicht jedoch weder die grundlegende Bedeutung seiner Arbeit über Tanzania, noch ist es eine vollständige Analyse des kenianischen politischen Systems. Dafür fehlt sowohl eine genauere Durchleuchtung des Entscheidungsprozesses wie auch eine Berücksichtigung der gerade in Kenia ungeheuer wichtigen ausländischen Einflüsse. Über die Bewertung seiner Daten kann man verschiedener Meinung sein: Ob die Bürokratie z. B. zwar eine privilegierte Gruppe aber keine Klasse ist (S. 58 ff.), wird davon abhängen, wie man „Klasse“ definiert. Jedenfalls widerlegt sein Material die Kritik an der kenianischen Führungsschicht nicht, wenn er auch zeigt, daß das kenianische System so strukturiert ist, daß auch die Bevölkerung ihren Anteil am Wirtschaftswachstum hat, nachdem die Eliten den Rahm abgeschöpft haben.

Brun-Otto Bryde

LEONARD BINDER, JAMES S. COLEMAN, JOSEPH LAPALOMBARA, LUCIAN W. PYE,
SIDNEY VERBA, MYRON WEINER:

Crises and Sequences in Political Development

Princeton University Press, Princeton N. J. 1971, 326 Seiten, \$ 8.00.

Der vorliegende Band ist der 7. in der Reihe „Studies in Political Development“, die vom Committee on Comparative Politics des Social Science Research Council über einen Zeitraum von nunmehr einem Jahrzehnt gefördert worden ist. Seine Autoren sind (mit zwei Ausnahmen) die jeweiligen Herausgeber der vorausgegangenen Bände — eine in-group also mit hoher Kohäsionskraft und ein Thema mit